

ZAPI S.p.A.

via Terza Strada 12
35026 Conselve (PD)
Italien

biozide@bmnt.gv.at
katharina.furtmueller@bmnt.gv.at
+43 1 71100 0612355
Fax +43 1 513 16 790
Stubenbastei 5, 1010 Wien

Geschäftszahl: BMNT-UW.1.2.5/0590-V/5/2018

Ihr Zeichen:

Bescheid

Gegenstand: Zulassung des Biozidproduktes „*GARDENTOP PASTA*“ im Verfahren der gegenseitigen Anerkennung
Änderung der Zulassungsnummer
Verlängerung der Zulassung
Änderung der Anwendungsbedingungen
Hinzufügen weiterer Handelsnamen
Aufhebung des Bescheides BMLFUW-UW.1.2.5/0326-V/5/2016

Es ergeht folgender

Spruch

Die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus erteilt der Firma ZAPI S.p.A., via Terza Strada 12, 35026 Conselve (PD) (Italien) die Zulassung für das Biozidprodukt:

GARDENTOP PASTA

mit dem Handelsnamen und der Zulassungsnummern:

GARDENTOP PASTA

BROMATEC P-50

AT-0009785-0000

GARDENTOP PASTA PLUS

CONTRATOP PASTA

CONTRATOP PASTA PLUS

STERMIBROM PASTA

NAGTAG BROMATOP PASTA

Beginn der Zulassung: 12. Dezember 2018

Ende der Zulassung: 23. April 2023

Die Anlagen 1 und 1a über die Zusammensetzung, Beschaffenheit und Anwendungsbestimmungen des Produktes sind Bestandteil dieser Zulassung.

Gleichzeitig wird das oben genannte Biozidprodukt mit dem angeführten Handelsnamen in das im Namen der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus bei der Umweltbundesamt GmbH geführte Biozidprodukte-Verzeichnis eingetragen.

Gleichzeitig wird die mit Bescheid GZ BMLFUW-UW.1.2.5/0326-V/5/2016 vom 19. Juli 2017 erteilte Zulassung für das Biozidprodukt „*GARDENTOP PASTA*“ gemäß § 5 Abs. 9 BiozidprodukteG aufgehoben.

Auflagen und Bedingungen

Die Zulassung wird mit den folgenden Auflagen und Bedingungen erteilt:

1. Das Kennzeichnungsetikett einschließlich einer allfälligen Gebrauchsanweisung und allfälligem Merkblatt sind der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus innerhalb von drei Monaten nach Erstellungsdatum dieses Bescheides zur Kenntnis zu übermitteln. Die Verantwortung für die Einhaltung der Vorschriften zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung und über Sicherheitsdatenblätter, sowie die Übereinstimmung der Kennzeichnung mit dem Zulassungsbescheid obliegt der Zulassungsinhaberin.
2. Alle nachträglich bekannt gewordenen Beobachtungen und Daten, die sich auf die Zulassungsvoraussetzungen auswirken könnten, sind der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Insbesondere zu melden sind Informationen über mögliche gefährliche Auswirkungen des Produktes auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder über mögliche unannehmbare Auswirkungen auf die Zielorganismen und die Umwelt. Weiters zu melden sind Informationen über Unwirksamkeit bzw. unwirksame Konzentrationen oder unwirksame Aufwandmengen des Produktes. Zur Erhebung letztgenannter Informationen ist folgender Satz auf dem Etikett zu übernehmen: *„Bei Unwirksamkeit des Produktes ist die Zulassungsinhaberin zu informieren.“*
3. Die folgenden Aufzeichnungen sind zu führen und nach Aufforderung durch die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus unverzüglich mitzuteilen:
 - Vertreiber: Unternehmen, die das Biozidprodukt in Österreich von der Zulassungsinhaberin übernehmen
 - Die jährlich in Österreich vertriebenen Mengen, gegebenenfalls pro Vertreiber, einschließlich Eigenvertrieb und –anwendung
4. Im Sicherheitsdatenblatt ist im Abschnitt 1 oder ersatzweise im Abschnitt 15 die Zulassungsnummer anzugeben.
5. Für berufsmäßige Verwender, ausgenommen konzessionierte Schädlingsbekämpfer, gilt: Das Produkt darf ausschließlich in manipulationssicheren Köderstationen (bereits befüllt oder nachfüllbar) ausgebracht werden.
6. In der Kennzeichnung auf der Verpackung ist folgende Angabe vorzusehen: *„Achtung Rodentizid. Verschlucken kann zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden führen!“*
7. Bei der Verwendung dieses Rodentizids sind allfällige landesgesetzliche Bestimmungen einzuhalten.
8. Folgende Verwendungsbedingungen werden geändert:
 - Für Verpackungen für berufsmäßige Verwender/konzessionierte Schädlingsbekämpfer wird eine Mindestgröße von 3 Kilogramm festgelegt. Zusätzlich müssen die Umverpackungen von Produkten für berufsmäßige Verwender/konzessionierte Schädlingsbekämpfer folgenden Aufdruck haben: *„Nur für die berufsmäßige Verwendung“*. Altbestände von in Österreich zugelassenen Produkten dürfen noch bis zum 31. Dezember 2018 gemäß Punkt 9. auf dem österreichischen Markt bereitgestellt werden.
9. Verpackungen dieses Biozidproduktes dürfen noch bis zum 31. Dezember 2018 für die Verwender-Kategorie „berufsmäßige Verwender/konzessionierte Schädlingsbekämpfer“ unter folgenden Bedingungen abverkauft und bis zum 30. Juni 2019 verwendet werden:

- Die Einstufung und Kennzeichnung des Biozidproduktes basiert auf der ab 1. März 2018 geltenden Einstufung für den Wirkstoff.
 - Das Biozidprodukt ist vor Datum dieses Bescheides rechtmäßig auf dem österreichischen Markt bereitgestellt worden.
10. Im Zuge des Parteiengehörs wurden für das Biozidprodukt weitere Handelsnamen beantragt und im weiteren Verfahren dem Biozidprodukt „GARDENTOP PASTA“ die weiteren Handelsnamen BROMATEC P-50, GARDENTOP PASTA PLUS, CONTRATOP PASTA, CONTRATOP PASTA PLUS, STERMIBROM PASTA, NAGTAG BROMATOP PASTA hinzugefügt.

Rechtsgrundlagen

Biozidproduktegesetz, BGBl. I Nr. 105/2013 (im Folgenden BiozidprodukteG), insbesondere die §§ 3, 5, 12 und 6

Verordnung (EU) Nr. 528/2012 (im Folgenden Biozidprodukteverordnung), insbesondere die Artikel 17, 18, 19, 22, 23, 29, 31, 33, 37, 52, 66, 68, 69, 89 und die Unionsliste gem. Art. 9.

Verordnung (EU) 2016/1179 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 492/2014 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012

Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1532 der Kommission zur Beantwortung der Fragen zur vergleichenden Bewertung gerinnungshemmender Rodentizide gemäß Artikel 23 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012

Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1380 der Kommission vom 25. Juli 2017 zur Erneuerung der Genehmigung für Bromadiolon als Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14

Begründung

Verfahrensverlauf

Auf Grund des von der Firma ZAPI S.p.A. eingebrachten und am 25. März 2013 eingelangten Antrages wurde vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft mit Bescheid GZ BMLFUW-UW.1.2.5/01110-V/5/2015 vom 20. Februar 2015

für das Biozidprodukt „*GARDENTOP PASTA*“ und den damit verbundenen Handelsnamen die Zulassung im Wege der gegenseitigen Anerkennung erteilt.

Die oben genannte Zulassung wurde zuletzt mit Bescheid GZ BMLFUW-UW.1.2.5/0326-V/5/2016 vom 19. Juli 2017 geändert.

Am 7. Februar 2017 ist von der Firma ZAPI S.p.A. für das gegenständliche Biozidprodukt im Wege des Registers für Biozidprodukte („R4BP“) ein Antrag auf Verlängerung der Zulassung (case no: BC-AD030069-64) in Österreich gestellt worden, der am 16. März 2017 angenommen worden ist.

Die Antragstellerin hat alle gemäß Biozidprodukteverordnung erforderlichen Unterlagen zur Beurteilung der Zulassungsvoraussetzungen vorgelegt.

Die Voraussetzungen der Biozidprodukteverordnung sind im Bewertungsverfahren geprüft und die Zulassungsfähigkeit der beantragten Änderungen des Biozidproduktes unter den im Spruch genannten Auflagen und Bedingungen festgestellt worden.

Die österreichische Biozidbehörde führt aus Umweltschutzgründen ein Verbot von Blutgerinnungshemmern der zweiten Generation (SGAR) für nicht-berufsmäßige Verwender ein. Mit behördlichen Schreiben wurde allen betroffenen Antragstellern im November 2017 mitgeteilt, dass die Biozidbehörde für SGAR ab 1. März 2018 keinen nicht-berufsmäßigen Gebrauch mehr zuzulassen gedenkt. Die in der Folge bei der Behörde eingegangenen Stellungnahmen und das Ergebnis des am 27. November 2017 stattgefundenen Behördendialogs mit betroffenen Antragstellern und Vertreibern sind von der Biozidbehörde insofern berücksichtigt worden, als für den Abverkauf von bereits produzierten SGAR-Beständen mit einer Wirkstoffkonzentration kleiner 30 ppm eine Übergangsfrist für die Bereitstellung auf dem Markt bis 31. August 2018 und für deren Verwendung für den nicht-berufsmäßigen Gebrauch bis 1. März 2019 eingeräumt wird.

Mit der Geschäftszahl BMNT-UW.1.2.5/0536-V/5/2018 ist der Bescheidentwurf der Antragstellerin zur Stellungnahme bis 08. November 2018 übermittelt worden. Sie hat binnen offener Frist Einwände vorgebracht, die im vorliegenden Bescheid entsprechend berücksichtigt wurden.

Zu den vorgebrachten Einwänden:

Den Einwänden auf BMNT-UW.1.2.5/0536-V/5/2018 konnte stattgegeben werden, weil sie als plausibel erachtet wurden.

Begründung für die erteilten Auflagen und Bedingungen

Die Erteilung von Auflagen und Bedingungen war notwendig, um eine sachgerechte Verwendung des Biozidproduktes zu gewährleisten; sie werden folgendermaßen begründet:

- Ad 1. Die Übermittlung der Kennzeichnungsetiketten dient der Überprüfung der Umsetzung von Anlage 1, die stichprobenartig und im Anlassfall durchgeführt wird.
- Ad 2. Die Übermittlung von Informationen und Neuerungen, die eine Änderung dieser Zulassung erforderlich machen können, ist notwendig, damit die Biozidbehörde die entsprechenden Änderungen oder Anpassungen im vorliegenden Bescheid durchführen kann.
- Ad 3. Die Biozidprodukteverordnung (Art. 68 Abs. 1) verpflichtet Zulassungsinhaberinnen, Aufzeichnungen über Biozidprodukte, die sie in Verkehr bringen, mindestens zehn Jahre aufzubewahren. Auf Anfrage müssen sie der zuständigen Behörde diese Informationen zur Verfügung stellen.
- Ad 4. Die Eintragung der Zulassungsnummer in das Sicherheitsdatenblatt dient der klaren Identifizierung des Biozidproduktes in der Lieferkette.
- Ad 5. Zur Reduktion des Risikos, insbesondere betreffend die Gesundheit vom Menschen als auch zur weiteren Minimierung möglicher Expositionen von Nichtzielorganismen, waren die Kennzeichnungsangaben anzupassen und war in Bezug auf die Verwendung durch berufsmäßige Verwender, ausgenommen konzessionierte Schädlingsbekämpfer, vorzusehen, dass diese das gegenständliche Biozidprodukt ausschließlich in manipulationssicheren Köderstationen (bereits befüllt oder nachfüllbar) ausbringen dürfen, um eine Gefährdung der Allgemeinbevölkerung und Nichtzielorganismen unter allen Umständen auszuschließen. Ausschließlich konzessionierten Schädlingsbekämpfern wird gestattet, das gegenständliche Biozidprodukt auch ohne Verwendung von Köderstationen auszubringen, falls eine Gefährdung der Allgemeinbevölkerung und Nichtzielorganismen unter allen Umständen ausgeschlossen werden kann.
- Ad 6. Der Hinweis „*Achtung Rodentizid. Verschlucken kann zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden führen!*“ war auf der Verpackung vorzusehen, da vom gegenständlichen Biozidprodukt derartige Wirkungen ausgehen können, und dies muss in den Kennzeichnungsangaben deutlich zum Ausdruck kommen.
- Ad 7. Der Hinweis auf die Einhaltung gesetzlicher Verwendungsbestimmungen war vorzusehen, da es landesgesetzliche Regelungen zur Verwendung derartiger Schädlingsbekämpfungsmittel gibt.
- Ad 8. Aufgrund der langfristigen negativen Auswirkungen auf die Umwelt als Folge der Verwendung des gemäß REACH-Verordnung als PBT/vPvB-Stoff identifizierten und im Biozidprodukt enthaltenden Wirkstoffes Bromadiolon kam die Bewertung des

Referenzmitgliedstaates zum Schluss, dass die Anwendung des Biozidproduktes zunächst mit unannehmbaren Risiken für die Umwelt, insbesondere in Hinblick auf die Primär- und Sekundärvergiftungen von Nichtzielorganismen, verbunden ist. Eine Zulassung kann daher nur unter der Auflage von strengen Risikominimierungsmaßnahmen und Resistenzmanagementmaßnahmen erteilt werden. Als eine der Maßnahmen ist die Beschränkung der Verwendung auf berufliche Verwender und konzessionierte Schädlingsbekämpfer vorgesehen, da bei nicht-berufsmäßigen Verwendern die für die sachgerechte und bestimmungsmäßige Anwendung des Biozidproduktes erforderliche Sachkenntnis nicht in allen Fällen vorausgesetzt werden kann. Damit diese Maßnahme verhältnismäßig ist und betroffene Antragsteller und Produkthersteller sich wirtschaftlich anpassen können, sowie bereits produzierte Bestände abverkauft werden können, erscheint eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2018 für den Verkauf, sowie bis zum 30. Juni 2019 für die Verwendung als angemessen.

Eine Mindestgröße von 3 Kilogramm für Verpackungen für berufsmäßige Verwender/konzessionierte Schädlingsbekämpfer und die zusätzliche Bedingung, dass Umverpackungen des Biozidproduktes den Aufdruck: "*Nur für die berufsmäßige Verwendung*" haben müssen, soll gewährleisten, dass der Verkauf des Biozidproduktes ausschließlich an berufsmäßige Verwender/konzessionierte Schädlingsbekämpfer erfolgt.

In der „österreichischen Rodentizidstrategie“ ist für die SGAR-Beschränkung betreffend private Verwender und die Verpackungsmindestgröße von 3 Kilogramm allgemein eine Abverkaufsfrist bis zum 31. August 2018 vorgesehen. Die Strategie ist auf der Homepage der Umweltbundesamt GmbH veröffentlicht und in den betroffenen Verkehrskreisen seit Monaten bekannt. Sie wird in den Bescheiden für die Verlängerung von SGAR-Produkten umgesetzt. Die meisten Bescheide sind bereits erlassen und enthalten auch den 31. August 2018 als Ende der Abverkaufsfrist. Für den gegenständlichen Bescheid konnte dieses Datum wegen Zeitablaufs nicht mehr gesetzt werden. Damit die Zulassungsinhaber von SGAR-Produkten aber möglichst gleich behandelt werden, wurde hier eine Abverkaufsfrist bis zum 31. Dezember 2018 gesetzt, die zur Umsetzung der Zulassung als verhältnismäßig angesehen wird, zumal eine sechsmonatige Abverkaufsfrist gemäß Art. 52 BPR eine Höchstfrist darstellt, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

- Ad 9. Die Abverkaufsfrist für Verpackungen des Biozidproduktes „*GARDENTOP PASTA*“ für berufsmäßige Verwender/konzessionierte Schädlingsbekämpfer, die vor der Erlassung dieses Bescheides zulässig waren, ist als Auflage im Zulassungsbescheid vorzusehen, damit noch vorhandene Lagerbestände jener Packungen abverkauft werden können, die bis spätestens zum Zeitpunkt der Erteilung der gegenständlichen Zulassung erzeugt oder nach Österreich eingeführt worden sind.
- Ad 10. Dem Antrag auf Zulassung weiterer Biozidprodukte mit den Handelsnamen BROMATEC P-50, GARDENTOP PASTA PLUS, CONTRATOP PASTA, CONTRATOP

PASTA PLUS, STERMIBROM PASTA, NAGTAG BROMATOP PASTA konnte stattgegeben werden, da aus den Unterlagen ersichtlich ist, dass die gegenständlichen Produkte mit dem Biozidprodukt „GARDENTOP PASTA“ identisch sind. Daher sind die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt.

Für das erstmals in Vereinigtes Königreich (Referenzmitgliedstaat) unter der Zulassungsnummer UK-2013-0723 (Reference asset: UK-0000281-0000) zugelassene Biozidprodukt „GARDENTOP PASTA“ wurde im Referenzmitgliedstaat fristgerecht ein Antrag auf Verlängerung eingereicht und nach abgeschlossener Bewertung der mit den betroffenen Mitgliedstaaten abgestimmte Bewertungsbericht am 30. April 2018 im R4BP zur Verfügung gestellt.

Da der im gegenständlichen Biozidprodukt enthaltene Wirkstoff Bromadiolon gemäß Art. 10 der Biozidprodukteverordnung als zu ersetzender Stoff eingestuft ist, wurde vom Referenzmitgliedstaat unter Berücksichtigung des Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1532 eine vergleichende Bewertung gemäß Art. 23 der Biozidprodukteverordnung durchgeführt. Der Referenzmitgliedstaat kam zu dem Schluss, dass das Biozidprodukt zulassungsfähig ist. Nach Prüfung der vom Referenzmitgliedstaat vorgelegten Unterlagen sowie der nationalen Gegebenheiten am Markt kam die zuständige Behörde in Österreich zu demselben Schluss. Es war daher das Biozidprodukt gemäß Art 23(6) auf fünf Jahre befristet zuzulassen.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann binnen vier Wochen Beschwerde an das örtlich zuständige Landesverwaltungsgericht erhoben werden.

Die örtliche Zuständigkeit richtet sich gemäß § 3 Abs. 2 Z 1 VwGVG i.V.m. § 3 Z 2 und 3 AVG in Sachen, die sich auf den Betrieb eines Unternehmens oder einer sonstigen dauernden Tätigkeit beziehen, nach dem - in einem österreichischen Bundesland gelegenen - Ort, an dem das Unternehmen betrieben oder die Tätigkeit ausgeübt wird oder werden soll.

Ergibt sich dadurch keine örtliche Zuständigkeit eines Landesverwaltungsgerichts, ist die örtliche Zuständigkeit nach dem in Österreich gelegenen Sitz oder Aufenthalt des Beteiligten zu ermitteln.

Lässt sich die örtliche Zuständigkeit nach den vorigen Absätzen nicht bestimmen, ist gemäß § 3 Abs. 3 VwGVG das Verwaltungsgericht im Land Wien zuständig.

Die Beschwerde ist bei der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus im Wege der Abt.V/5 einzubringen.

Sie ist gemäß BuLVwG-Eingabengebührverordnung, BGBl. II Nr. 387/2014, zu vergebühren.

Die Gebühr ist auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel (IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW) zu entrichten. Auf der Zahlungsanweisung ist als Verwendungszweck die Geschäftszahl anzugeben.

Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der E-Banking-Anwendung „Finanzamtzahlung“ ist als Empfänger das Finanzamt für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel (IBAN siehe oben) anzugeben oder auszuwählen. Weiters sind die Steuernummer / Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE-Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben.

Der Beschwerde ist - als Nachweis der Entrichtung der Gebühr - der Zahlungsbeleg oder ein Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung anzuschließen.

12. Dezember 2018

Für die Bundesministerin:

Dr. Thomas Jakl

2 Anlagen

Elektronisch gefertigt